

Die Arbeiterin

Zeitschrift

für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.

Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen.

— Eintracht macht stark — Bildung macht frei! —

Redaktion: Emma Jhrer, Velten (Mark). — Expedition, Druck und Verlag: F. r. Meyer, Hamburg, Rosenstr. 35.

Erscheint wöchentlich einmal und zwar am
Sonnabend.

Annoncen pro Zeile 20 Pfennig. Vereine erhalten
Rabatt.

Abonnement pro Vierteljahr 1 Mark, Einzelnummer
10 Pf. Direkt per Kreuzband Mk. 1,40.

Freunde und Freundinnen! Sorgt für die Verbreitung der „Arbeiterin“!

Zur gest. Beachtung!

Wir ersuchen alle für die Zeitung bestimmten
Belegungen **nur** unter folgender Adresse ein-
zuwenden:

F. r. Meyer, Rosenstr. 35.
Die Redaktion.



Der 1. Mai!

Nun raff' dich auf, du bleiche Schaar,
Du Volk der fleiß'gen Hände,
Entschließe dich zum ersten Schritt,
Dass sich dein Schicksal wende!
Heut' ist der erste Tag des Mai,
Wo in der ganzen Welt
Das Volk der Arbeit Heerjau hält
Und überall fordert den Achtstundentag.

Sieh' auf die Brüder rund umher
Bei allen Nationen,
Ob sie nun in der alten Welt,
Ob in der neuen wohnen —
Sie reichen heute sich die Hand,
Ein einzig Volk der Erde,
Sie schließen sich zu einem Bund,
Damit es besser werde.

Von früh bis spät in der Fabrik
Müht du die Hände regen,
Nicht kann der abgehegte Leib
Dahin der Ruhe pflegen,
Du mühest dich um kargen Lohn,
Kannst kaum dem Hunger wehren,
Und was das Leben Schönes heut,
Das müht du all' entbehren.

Berkümmern muß dein stolzer Geist,
Die Wange muß erblichen,
Ersterben muß dein Jugendmuth,
Die Kraft dem Siechthum weichen,
Gleich einer Bürde, einer Last,
Schleppst du dahin dein Leben —
Wo blieb die trotz'ge Hoffnung dir,
Das siegesfrohe Streben?

Sogar dein Weib, sogar dein Kind
Läßt du zum Frohdienst pressen,
Indeß so mancher starke Mann
Muß betteln, um zu essen,
Indeß so mancher starke Mann
Muß durch das Dasein hungern —
Gemeinsam ist euch beiden nur
Das Darben und das Hungern.

O glaube nicht, du bleiches Volk,
Dass ewig solche Nöthe —
Schon flamm an deinem Himmel auf
Der Zukunft Morgenröthe.
Nicht giebt es einen Schicksalschluß;
Du seist zur Dual geboren. —
Klingt dir denn nicht des Maien Gruß
Hellschmetternd in die Ohren?

Wach' auf, mein Volk, und schau empor —
Es ist der Mai gekommen;
Der Lenzmond, den der Dichter preist,
Ist hoffnungsreich entglommen.
Sieh' die Natur, wie rings umher
Erblüht ist alles Leben —
Es tam der Mai, da sollst auch du
Vom Staube dich erheben!

Da sollst du einmal trotz'gen Sinn's
Der Arbeit Ketten brechen
Und zu den Mächt'gen dieser Welt
Mit jedem Munde sprechen:
„Ihr sollt mich nicht von früh bis spät
„In der Fabrik begraben —
„Ich bin ein Mensch wie ihr und will
„Mein'n Theil am Leben haben.

„Ich will des Lenzes frische Luft
„Mit vollen Lungen saugen,
„Ich will an Wissenschaft und Kunst
„Ergötzen Sinn und Augen,
„Ich will nicht als gebroch'ner Mensch
„Schon vor der Zeit verderben,
„Und nicht mit Weib und Kind Daheim
„Langsam des Hungers sterben!“

Drum wache auf und rüste dich,
Der Heeruf ist ergangen;
Treib' aus dem Herzen heut' die Furcht,
Das Zagen und das Bangen.
Der Gegner frecher Uebermuth
Soll nimmermehr dich schrecken —
Des Erdballs Proletariat
Wird dir den Rücken decken!

Das ist's, was uns so hoch erhebt,
Das heut' am hellen Tage
Die ganze Welt ihr schwer Gewicht
Wirft in die Waageschale,
Und wird auch nicht sogleich im Sturm
Der Widerstand bezwungen —
O glaubt mir, kommen wird der Mai
Da wir den Sieg errungen!

Ernst Klarr.

Walpurgis.

Der erste Mai ist einer der bedeutendsten Fest-
und Feiertage des alten nordischen Heidenthums.
Nicht weniger als eine Jahreswende bedeutete
dem Germanen dieser Termin, an ihm fand der
Auszug aus den dumpfen rauchigen Winter-
quartieren, der erste Austrieb des Viehes auf die
neu ergrünenden Wiesen statt. Zum letzten Male
vor dem Auseinanderziehen in die Weite ver-
sammelte sich der ganze Stamm auf dem Ma-
felde, um seine Geschäfte für den Sommer zu
ordnen, zum letzten Male opferte er den guten
Göttern der Gemeinde, versammelte sich mit ihnen
gemeinsam zu einem festlichen Mahle. Das vor-
dringende Christenthum machte dem „heidnischen
Greuel“ ein Ende, legte auf diesen Termin den
Gedenktag der heiligen Walpurgis, und so konnte
der alte Heide, der von seinen Gebräuchen nicht
lassen wollte, durch die Feier des Tages sein
Christenthum beweisen. Mannigfaltige Gebräuche
erinnern auch noch an jene Fastenzeit. Die Wahl
des Maikönigs, die an manchen Orten noch statt-
findet, ist nichts als die Erinnerung an die alte
Herzogswahl, die um diese Zeit auf Beute aus-
schwärmende Gefolgschaften vornahm, und die
vielgebräuchliche Schmückung des Maibaumes ist
ein Rest des am Maifeste geschmückten Mahles.
In unserer Gegend ist dieser Maibaum in der
fast in keiner Familie fehlenden Pfingstmaie noch
erhalten.

Was das Christenthum nicht ausrotten konnte,
ist dem alles nivellirenden Industrialismus unserer
Tage gelungen. Er hat mit alten und neueren
Fest- und Feiertagen gründlichst ausgeräumt, kaum
dass der regelmäßig wiederkehrende Ruhetag der
Woche noch zu seinem Rechte kommt. Da plötz-
lich kommt das ureigenste Produkt dieses In-
dustrialismus, das Proletariat, um einen neuen
Feiertag zu proklamiren und erkürt sich, halb
unbewußt, halb aber wohl von alten Traditionen
geleitet, den 1. Mai für denselben. Aber das
Wesen dieser Feier ist nicht bloß das eines
fröhlichen Aufathmens nach gethaner schwerer
Arbeit, sondern auch eines Protestes gegen un-
eingeschränkte Ausbeutung der Arbeitskraft, des
einigen Eigenthums des Proletariats, und das
allgemeine Geschrei, welches die Bourgeoisipresse
ohne Ausnahme ob dieser „Eigenmächtigkeit“ er-
hebt, zeigt der Arbeiterklasse, dass sie sich auf
keinem richtigeren Wege befinden könnte. Die
Feindschaft der Bourgeoisie, insbesondere der, die
unter Umständen mit den Arbeitern liebäugeln
möchte, hat letzteren immer als Zeichen gebient,
dass sie die eigenen Interessen in der besten Weise
gewahrt haben.

Wenn Angst und Furcht die Zeichen eines
bösen Gewissens sind, so muß festgestellt werden,
dass gerade das deutsche Bürgerthum das denkbar
schlechteste Gewissen hat. Die Furcht unserer auf

dem Gelbfade sitzenden liebenden Mitsbürger vor dem 1. Mai vorigen Jahres war geradezu kindisch. Wir erinnern nur daran, daß sie in manchen Fällen aus der Stadt aufs Land, andermal wieder vom Lande in die Stadt flüchteten, um sich am schrecklichen 1. Mai sicher zu fühlen. Ob wir gleich nicht beabsichtigt hatten, ihnen solche Angst einzuflößen, gönnen wir sie ihnen doch, — mögen sie sich nun bei ihrer eigenen Presse bedanken, die wohl nicht ohne Hintergedanken den Herensabath der Walpurgisnacht in den schwärzesten Farben zu malen suchte.

Die „arbeiterfreundliche“ Bourgeoispresse suchte mit „Gründen“ gegen die Ausführung des Pariser Kongreßbeschlusses ins Feld zu ziehen. Die Sozialdemokratie Deutschlands habe am 20. Februar Heerschau gehalten, und deshalb sei eine nochmalige durchaus überflüssig. Nur für Länder, denen das allgemeine Wahlrecht mangle, wie Oesterreich, habe dieselbe einen Sinn. — Nichts ist weniger richtig als diese Behauptung. Der Wahltag ist auch in Deutschland ein Geschenk der herrschenden Klassen, resp. der Regierung, ganz von deren Willen abhängig. So wie sie die Wahl „freiheit“ erst vor Kurzem von 3 auf 5 Jahre beschränkte, konnte sie dieselbe auch ganz aufheben. Und steht nicht der größte Theil des Volkes, die Frauen auch bei uns außerhalb des gemeinen Rechts? Es kann daher auch bei uns nicht von einem „Allgemeinen Wahlrecht“ die Rede sein.

Jedenfalls giebt die Wahl jetzt keinen Aufschuß mehr, auf wie viele entschlossene Anhänger die Sozialdemokratie zählen kann. Aber die Maifeier giebt solch ein Bild. Denn hier ist auch das Heer der arbeitenden Frauen ev. Mädchen, die sich längst als Anhänger der Sozialdemokratie bekennen, mit eingeschlossen. Für diese alle soll die Maifeier ein Protest sein gegen die rechtlose Stellung aller Staatsbürgerinnen, für uns gilt es besonders diesen Punkt des sozialistischen Programms hervorzuheben bei allen Versammlungen.

Zuerst ist der achtstündige Arbeitstag zu erstreben, ist dieser erreicht, dann wird die freie Zeit zur geistigen Ausbildung benutzt werden können und durch sie werden wir auch alle vorgesteckten Ziele erreichen. Der Pariser Kongreß wollte diese Feier eingesetzt wissen, um an diesem Tage überall in der Welt, das Programm, die Forderungen der Sozialisten zu proklamieren und wir lassen dieselben hier nachfolgen, um sie unseren Lesern wieder ins Gedächtniß zu rufen:

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmgabe, aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahme Gesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtssprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Arbeit.
6. Schutzgesetz für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnisarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Diese Maifeier soll uns eine Uebersicht bieten, wie weit diese Forderungen in allen Ländern bereits verwirklicht sind. Wenn auch dieses Jahr, in Rücksicht auf die mißlichen Arbeitsverhältnisse an eine Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zu denken war und nur in einigen Ländern dieselbe durchgeführt werden konnte, so werden doch trotzdem die Versammlungen, welche allerorts an diesem Tage ev. die am Sonntag stattfindende Feier die Einnützigkeit des arbeitenden Volkes zur Genüge beweisen und das Selbstbewußtsein aller Arbeiterinnen und Arbeiter färken, das Bewußtsein, daß er, der Arbeiter, kein Sklave, kein Untergebener des Unternehmers ist, sondern ein gleichberechtigter Kontrahent beim Abschlusse des Arbeitsvertrages.

Dieses Bewußtsein fehlt ja der Masse noch (ganz besonders den Arbeiterinnen), darum ist sie demüthig, unterwürfig und geneigt, Alles was das hohe Unternehmertum beschließt, ergeben hinzunehmen.

Die Herren die von „Moral“ und „Recht“ triefen, sollen sich überhaupt klar machen, daß sie absolut kein „Recht“ haben, einen Menschen auch nur eine einzige Stunde auszubeuten.

Wir lassen die Moral bei Seite. Die ganze Frage ist eben nur eine Machtfrage, wie die Frage der Arbeitsbedingungen überhaupt. Wer mächtig genug ist, dem andern Theile Bedingungen vorzuschreiben, ist Gewinner. Der Arbeiterstand hat alle Ursache jedes Mittel zu ergreifen, um zu erreichen, daß er Gewinner ist. Das ist alles. Der 1. Mai dieses und aller kommenden Jahre wird ein solches Mittel sein.

Darum Vorwärts! Arbeiten wir, damit, wenn die höllische Walpurgisnacht der Volksfrage und die klassische Walpurgisnacht Goethe's längst vergessen sein wird, man noch gedenken möge der proletarischen Walpurgisnacht des Jahres 1890, der ersten Arbeiter-Maifeier, die nicht nur eine Jahres-, sondern eine Weltenwende bedeutet, bis diese erreicht ist, lebe und wirke dieses Fest weiter und wenn Eure Kinder Euch fragen werden, was dieses Fest bedeuten soll, dann antwortet ihnen: „Es ist unser Fest der Freiheit!“

Achtung!

Wir machen nochmals unsere Leserninnen aufmerksam, am 1. und 3. Mai einen Theil des Lohnes zu den Sammlungen für die Gewerkschaftsbewegung sowie den Parteifonds beizusteuern.

Alle Frauen und Mädchen, welche noch keiner Organisation angehören, mögen sich einer solchen anschließen, wenn sie in Wahrheit an der Maifeier Theil haben wollen. Gerade die weiblichen Arbeiter müssen im eigenen wie im Interesse der Familie am ersten bestrebt sein, den achtstündigen Arbeitstag zu erreichen, das können sie aber nur, indem sie sich rege an die Organisationen anschließen oder an Orten, wo dies nicht möglich ist, Vereinigungen begründen.

Wehr wie je ist es nothwendig, daß die Arbeiter sich zusammenschließen, um wirksam den Unternehmervereinigungen entgegenzutreten zu können, die jetzt, von allen Seiten gestützt und beschützt, an allen Orten sich mehren und sogar beginnen, sich international, d. h. von einem Land zum andern, zu verbinden, um das Kapital zu schätzen gegenüber dem listernen Arbeiter, der da anfängt, sich ebenfalls nach den Fleischtopfen Egyptens und den gebratenen Tauben umzusehen, weil er mit Recht meint, daß die Erde genug hervorbringe und genügend

produzirt werde, um Allen, nicht nur einem kleinen Heerlein, ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen.

Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse ist der Titel, unter dem in der vorigen Woche unsere Zeitungen Aktienstücke veröffentlichten, welche beweisen, daß die höchsten Staatsbehörden mit den besitzenden, daher allmächtigen — Klassen einträglich zusammenzugehen gegen die Arbeiter, welche sich erdreisteten, die Arbeiterschutzgesetzgebung, ein gesetzlich gewährleitetes Koalitions- (Vereinigungs-) Recht zu fordern.

Von Seiten eines Fabrikanten ist dem Berliner Polizeipräsidenten auch aus Dankbarkeit für thätliche Hilfe und Schutz ein Geschenk von 3000 M. gemacht worden zur Vertheilung an die Schutzmannschaften, wobei aus Anlaß des vorjährigen 1. Mai über Gebühr angestrengt wurden.

Der Verband Berliner Metallindustrieller“ entsetzt über Höhe der Löhne, einzuführende Fabrikordnungen. Ist in einer Fabrik ein Streik ausgebrochen, so haben die anderen die Lieferung des Bedarfs zu decken, bis der Arbeitsnachweis neue Kräfte geliefert hat. Diefem Nachweis steht eine „schwarze Liste“ (ungefährlich!) zur Verfügung, mittelst welcher alle gefährlichen Elemente, „Agitatoren“, ferngehalten, d. h. gedoykottet (strafbar) werden können. Diese soll streng kontrollirt werden, darf kein „räudiges Schaf“ eindringen kann in die Fabrik des Verbandes. Dieser Nachweis ist freilich von den Arbeitern und bandsmitteliebrn als unbrauchbar befunden, da er schlechtes Material“ liefert.

Auch die „Königlichen Institute“ haben sich den Bestimmungen gefügt und entsprechende Erlasse an die Sicherheitsbeamten gefordert. „Die Direktoren,“ heißt es, sind von jeher angewiesen, alle sozialdemokratischen Elemente von den Arbeiten fernzuhalten. Der Verein kann davon sein, daß alle Beschlüsse und Maßnahmen, soweit sie in Militärfabriken anwendbar sind, auch gleichmäßig eingeführt werden. Der Kriegsminister.“ Ebenso ist auch dem Eisenbahnministerium beschloffen, mit dem Verein in Hand zu gehen, und wurden 46 Listen mit Namen derer, welche am 1. Mai 1890 zu feiern wagten, an den Vorstand zur Vertheilung versandt.

Die gedruckten Listen, welche gesetzlich nicht zulässig waren, hat man fallen lassen, aber der Arbeitsnachweis führt eine „Kontrolle“, die jedes Verbandsmitglied einsehen kann. Jedes Mitglied hat die Verpflichtung, Namen und Nationalität Verdächtiger oder Unliebsamer zu melden. (Berufserklärung.)

Auch aus den Provinzen liegen Beweise für das Bestehen solcher Verbände vor.

Es ist also bewiesen, daß Unternehmer und Behörde organisiert sind, um den Arbeitern das Koalitionsrecht unmöglich zu machen.

Die Vereinigungen der Unternehmer, die sich zur Unterdrückung der Arbeiter zusammenschließen haben, die Vorstände mit einander amtlich verkehren und Korrespondiren, sie sind ausnahmslos politische Vereine, die sich mit öffentlichen und politischen Angelegenheiten befassen. Der beste, zugleich aber auch widerlegte Beweis dafür ist das Petitionsverzeichnis des deutschen Reichstags. Dort finden sich unter den Petenten der „Verband Berliner Metallindustrieller“, der „Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover“, der „Verein der Kupferschmiedereien Deutschlands“ und der „Verband Deutscher Metallindustrieller“ aufgeführt, welche Vereine alle ihre Schmerzen gegen die Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbenovelle in längeren oder kürzeren Darstellungen vorbringen.

Und von diesen Vereinen, deren politische Sammelart ebenso attemmäßig feststeht, wie wir deren Korrespondenz untereinander gezeigt haben, heißt es in dem abgedruckten Zirkular vom 24. Juni 1890 des „Berliner Verbandes“:

„Außerdem aber müssen wir nunmehr unseren sachungsmäßigen Beitrag für den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller abführen.“

Und in dem Zirkular vom 26. August 1890 mitgetheilt, daß der Beitrag für Zentral- und Lokalverbände zu gleicher Zeit erhoben und zwar pro Kopf der beschäftigten Arbeiter einschließlich der Lehrlinge und Auschluss der Arbeiterinnen.

Es steht also fest und ergibt sich aus den Angaben der Vorstände dieser Unternehmervereinigungen, daß dieselben fortgesetzt den Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes zuwider handeln. Bis jetzt hat sich kein Staatsanwalt in Preußen gefunden, der es unternommen hätte, dieser Unternehmerruppe gegenüber das Gesetz in gleicher Weise zur Anwendung zu bringen, wie es gegen die Arbeiter alltäglich geschieht.

Wer weiß, wie viele solcher Verbände bereits bestehen und ihr Dasein im Dunkeln fristen. Bei der Metallindustrie kommen die Arbeiterinnen weniger in Betracht, es ist aber eine Warnung auch für diese, sich zusammenzuschließen, um dem gemeinsamen Feind Trotz bieten zu können bei ähnlichen Vorkommnissen. Hieraus geht deutlich hervor, für die Arbeiter bleibt nur die Selbsthilfe und wer hierbei nicht für uns ist, der ist wider uns; die eigene Macht des Proletariats wird den Arbeitern zum Recht verhelfen.

Bericht über Reidistags-Verhandlungen

Die Novelle zur Gewerbeordnung hat die ganze Woche noch den Reichstag beschäftigt. Die Beratungen der letzten Tage waren von ganz besonderer Wichtigkeit für die Arbeiterinnen, um welche es sich in zwei Sitzungen ausschließlich handelte. Bei der großen Bedeutung des Gesetzes für den Arbeiterstand war es ein Glück zu vernehmen, daß die häufige, fast beständige Beschlußunfähigkeit der Mitglieder hinderte, die Redner durch Schluß der Sitzung zum Mundtodt zu machen, wie es diejenigen nur zu gerne gethan hätten, die den Arbeiterschutz für überflüssig, ja Sprechern darüber vollends für gefährlich halten.

Am 17. April kam der § 136a zur Verhandlung, der die Verkürzung eines Normalarbeitstages verlangt (bis am 1. Januar 1894 von 10, bis 1. Januar 1898 von 9, bis an von 8 Stunden). Dieser Antrag, eingebracht von Auer (*), wurde von allen Parteien abgelehnt, natürlich von den Sozialdemokraten ausgenommen. Auer (Soz.) konnte die Begründung seines Antrags trotzdem mit Recht anführen, welche bedeutende Fortschritte die Idee des Normalarbeitstages bereits gemacht habe, da sich Männer der verschiedensten Parteien im Prinzip dafür erklärt, oder doch sympathisch ausgesprochen haben. Eine Probe der Sympathie lieferte der Seheime Berggrath (Freison.) in seinem hellen Zorn über die Unbilligkeit der Sozialdemokraten. Die drohende Verletzung der Schichten war es, die ihn in Harnisch brachte: „Was bezweckt der Antrag? Der Arbeiter müsse ebenfotig wie der Beamte; wer nicht arbeite sei ein Faulpelz!“ (Sehr wahr und Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der nächste Tag ist für uns von besonderer Bedeutung. Der Normalarbeitstag für den männlichen Arbeiter erst durch einen sozialdemokratischen Antrag in den Reichstag eingebracht und von allen Parteien abgelehnt, wird ein Normalarbeitstag für Frauen schon in der Beratungsvorlage und kam den nächsten Tag zur Verhandlung. Nach § 137 dürfen Arbeiterinnen in Fabriken tagsüber und am Sonnabend sowie den Vorabend der Woche nicht nach 5 1/2 Uhr Nachmittags beschäftigt werden. Die Beschäftigung der Arbeiterinnen über 16 Jahre darf die Dauer von 11 Stunden täglich nicht übersteigen. Ferner dürfen Wöchnerinnen 4 Wochen nach Niederkunft überhaupt nicht und während der ersten zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das ärztliche Zeugnis eines approbirten Arztes dies für zulässig erklärt. Einige Zusatzanträge verlangten weitere Beschränkungen der Frauenarbeit; das Amendement Auer will die Nachtarbeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens verbieten und verlangt für die Wöchnerinnen 6 Wochen Ruhezeit in vier Wochen. Payer (Volksp.) setzt den Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen auf 10 Stunden fest, Schäbler (Soz.) nur für die Verheiratheten, Gutfleisch (Freis.) und Müller (National.) beantragen Arbeiterinnen über 16 Jahre, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, auf Wunsch 1/2 Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens 1 1/2 Stunde beträgt. Schäbler (Zent.) betonte zu Gunsten seines Antrags die hohe Wichtigkeit der Familie, die der Grundstein für jedes andere Gebilde und die unter der Fabrikarbeit der Frau schwer leide. Deshalb sei es durchaus notwendig, wenigstens die Ehefrau zu entlassen. Als der Minister erklärte, es sei durch Erhebungen festgestellt, daß der 10stündige Maximalarbeitstag der Frauen in der Industrie schädliche und deshalb für die Regierung unannehmbar sein würde, die verheiratheten Frauen aber, wenn die Bestimmung nur für sie Geltung hätte, einfach entlassen werden würden, zog der tapfere Antragsteller seinen Antrag zurück und gab die Heiligkeit der Familie preis. Girsch (Freis.) trat trotz der Erklärung des Herrn Minister für den Antrag Payer ein. Aus sanitären und moralischen Gründen sei es nöthig, für die Frauen den Maximalarbeitstag zwangsweise einzuführen. (Unserer Ansicht nach für alle Arbeiter. D. Red.) Das sei kein Verstoß gegen die Stellung seiner Partei zum Maximalarbeitstag für Männer. Diese können ihr Koalitionsrecht benutzen, um den Arbeitstag in freier Uebereinkunft mit dem Unternehmer zu regeln. Die Frau habe zwar das Recht der Koalition, aber die größere Wichtigkeit ihrer Natur mache, daß sie es nicht zu benutzen dürfe. Nicht nur die Hausfrau bedürfe einer kürzeren Arbeitsdauer, auch die jungen Mädchen, die sich auf ihren Beruf als Mütter und Hausfrauen vorbereiten sollen. Ulrich (Soz.) verteidigte die kürzere Arbeitszeit der Frauen wegen der völligen Aufhebung des Familienlebens, welche eine Folge der langen Fabrikarbeit sei und welche die unheilvollen Folgen dieser Zustände insbesondere in Baden und Hessen. Die Frauenarbeit werde bevorzugt, weil sie billiger sei als die des Mannes; die Erklärung des Ministers betreffend die Schädigung der Industrie dürfe man doch nicht zu tragisch nehmen. Girsch verteidigt seinen Antrag, an dessen Annahme der Reichstag sicher nicht scheitern werde. Geh. Königs (National.) sprach gegen die Zusatzanträge. Müller (Soz.) sprach für den Antrag Auer und den zehnstündigen Arbeitstag der Frau, deren Ueberanstrengung die künftigen Geschlechter schädigen würde. Eine Verminderung der Arbeitszeit werde durchaus nicht entstehen. Bei beschränkterer Arbeitszeit sei die Arbeit intensiver und infolgedessen die Leistung höher. Die Leistungsfähigkeit der nur kurze Zeit beschäftigten Arbeiter sei eine bedeutend höhere, und, wenn bezahlt, seien sie in der Lage, sich besser zu nähren. Dieser erhöhten Arbeitskraft liege auch, trotz der geringen Löhne, der Vortheil der Unternehmer durch Vermeidung der Produktion. In England sei die Zahl der weiblichen Textilarbeiter bedeutend höher als bei uns und hätten sich, trotz des zehnstündigen Arbeitstages, die Arbeitsverhältnisse derart entwickelt, daß heute nur etwa neun Stunden täglich gearbeitet werde. Ueberall hätten ausgedehnte Arbeiterschutzgesetze der Industrie nicht nur nicht geschadet, sondern wesentlich genützt.

Nachdem noch Müller (National.) seinen Antrag zurückgezogen und mehrere Redner die Angriffe auf ihre Vorschläge zurückgewiesen hatten, wurde der § 137 nach dem ursprünglichen Wortlaut angenommen; die Zusatzanträge bis auf den von Müller und Gutfleisch jedoch abgelehnt. Der Zusatz der Kommission wurde angenommen. Die Annahme des § 137 möge mit der Frist des § 20 Abs. 2

des Krankentagegeldgesetzes bei der nächsten Revision in Uebereinstimmung gesetzt werden.

Das dicke Ende kommt nach, heißt es im Volksmund und so geschah es auch hier im Reichstag. Die nächste Sitzung brachte die Ausnahmegesetzungen (§ 138a) zu dem am Sonnabend beschlossenen § 137. Bei außerordentlicher Häufung der Arbeit darf die untere Verwaltungsbehörde für die Dauer von 14 Tagen (höchstens 40 Tage im Jahr) an den Wochentagen außer Sonnabend die Arbeit bis 10 Uhr gestatten, bei höchstens 13 stündiger Arbeitszeit. Darüber hinaus darf die obere Verwaltungsbehörde Ausnahmen gestatten, wenn die tägliche Arbeitsdauer im Jahresdurchschnitt die regelmäßige, gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet. Arbeiterinnen, die kein Hauswesen zu besorgen haben und keine Fortbildungsschule besuchen, dürfen zur Aufnahme der Inventur oder zur Ueberwachung des Betriebes an Sonnabenden oder Tagen vor Festtagen bis 8 1/2 Uhr Abends beschäftigt werden. Ein Antrag Auer, den § 138a zu streichen oder zu mildern, wurde abgelehnt; der Paragraph selbst angenommen.

§ 139a ermächtigt den Bundesrath, Frauen- und Kinderarbeit in besonders gefährlichen Betrieben zu verbieten, und andererseits auch die Maximalarbeitszeit der Frauen und Kinder in Betrieben mit unbegrenzter Arbeitszeit auszudehnen. Ein Kompromißantrag Dr. Gutfleisch und Genossen will für gewisse Fabrikationszweige die Abkürzung oder den Wegfall der für jugendliche Arbeiter vorgeschriebenen Pausen zulassen und die gewöhnliche Maximalarbeitszeit für Frauen auf 65, in Ziegeleien auf 70 Stunden feststellen. Ein Antrag Auer auf Streichung des § 139a wird natürlich abgelehnt und derselbe mit dem Zusatzantrag angenommen.

Eine längere Debatte entspann sich nur noch bei § 153, welcher nach dem bestehenden Gesetz mit Gefängnis bis zu drei Wochen Jeden bedroht, der Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, Drohungen, Ehrverletzungen, Verurtheilungen zu bestimmen versucht, an Lohnkoalitionen theilzunehmen oder sie dabei festzuhalten. Die neue Vorlage verschärft die Strafen in empfindlicher Weise und bezieht sie noch auf diejenigen aus, welche Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit oder Arbeitgeber zur widerrechtlichen Entlassung von Arbeitern öffentlich auffordern.

Ein Zusatzantrag Auer zu dem bestehenden § 153 will, daß mit 3 Monaten Gefängnis auch bestraft werde, wer Andere durch Drohung usw. zu bestimmen sucht, an Lohnverabredungen nicht Theil zu nehmen oder wer mit Andern verabredet, Arbeitern deshalb, weil sie an Lohnverabredungen theilnehmen, die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen, bezw. sie aus der Arbeit zu entlassen.

Die ausgezeichneten Reden Liebknecht's und Bebel's, Förster's und Stadthagen's konnten den sozialdemokratischen Zusatzantrag nicht zu einer Mehrheit verhelfen, sie konnten nur denen, welche wollen, die Augen öffnen und ihnen zeigen, wie ungleich das Maß ist, mit dem in unserm Rechtsstaate gemessen wird, wenn es die Vortheile der herrschenden Klassen betrifft. Aber die Regierungsvorlage, die das ganze Koalitionsrecht vernichtet hätte, wurde auch abgelehnt, und so bleibt es vorläufig in dieser Richtung beim Alten.

Die wenigen noch übrigen Paragraphen, meist Einschränkungen der vorher getroffenen Schutzbestimmungen, wurden trotz Gegenanträgen der sozialdemokratischen Abgeordneten rasch und ohne Debatte angenommen. Leider fanden sich darunter Bestimmungen, wie z. B., daß für Werkstätten, in denen nur Familienmitglieder arbeiten, die Festschließungen für Frauen- und Kinderschutz keine Geltung haben sollen. Es ist eine eigene Art, die Heiligkeit der Familie zu schonen, welche darin besteht, daß man die Kinder wehrlos der häuslichen Ausbeutung preisgibt. Durch ihre elende Lage, durch Unwissenheit oder Habgier verleitet, werden diese Familien oft das Opfer der schrecklichsten Konturrenz, welche der Armuth entspringt, zur bittersten Noth führt und ihre Grenze nur an der gänzlichen Erschöpfung der Kräfte findet.

Wird die dritte Lesung noch Gelegenheit geben, die Mängel des Gesetzes in einigen Richtungen weiter zu bessern? Wir fürchten, daß dazu keine Aussicht vorhanden ist.

Zur Frage der Kindersterblichkeit.

Von Dr. med. S.
(Schluß.)

Die unehelichen Kinder werden mit Recht von einem Kinderarzt die Waisenkinder der Welt genannt. Sie sind Unglücksgeköpfe, Niemandskinder heutzutags, und zum großen Theil schon vom ersten Tage ihres Lebens dem Untergange geweiht! Und doch haben sie dieselben Anrechte an das Leben, wie die ehelichen, sie genießen „den Schutz der Gesetze“ in gleichem Maße, wie die ehelichen Kinder, warum also dieser krasse Unterschied, warum dieses verdamnte Loos?

Wir haben im ersten Artikel nachgewiesen die enorme Sterblichkeit unter den Kindern im Allgemeinen, welche bedingt ist durch die elenden ökonomischen Verhältnisse der Völker und die aus denselben resultirende kolossale Armuth und Unwissenheit. Ganz dieselben Gründe sind auch die Ursachen der überaus großen Sterblichkeit unter den unehelichen Kindern, nur noch in weit größerem Maße. — Hierzu gesellt sich noch der Umstand, daß die Zahl der Eheschließungen von Jahr zu Jahr abnimmt, mit ihnen auch die Zahl der ehelichen Geburten. Aber im selben Verhältnisse sehen wir auch die Zahl der unehelichen Geburten zunehmen und ebenso die Zahl der Todesfälle unter den unehelichen Kindern steigen.

Jedermann ist es doch klar, daß, wenn der Wohlstand eines Volkes im Zunehmen begriffen ist, auch die

Zahl der Eheschließungen zunehmen wird, nachdem die Existenzbedingungen in zunehmender Weise vorhanden, die einzelnen Individuen leichter an die Begründung einer eigenen Familie denken können. Im umgekehrten Verhältnisse aber werden die Eheschließungen an Zahl abnehmen, weil bei verminderter Existenzbedingungen die Männer an Heirath nicht denken können. — In letzterem Falle wird es dann geschehen, daß das Geschlechtsbedürfnis gezwungener Weise, ohne kirchliche Weihe, befriedigt wird. Doch lassen wir die Zahlen sprechen, welche amtlichen Quellen entnommen sind:

Geburtsjahre	Auf 1000 Geburten kommen uneheliche:									
	1884	1885	1886	1887	1888	1889	1890	1891	1892	1893
1. Deutschland	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
2. Preußen	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
3. Bayern	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
4. Sachsen	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
5. Württemberg	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
6. Baden	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
7. Elsaß-Lothringen	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
8. Oesterreich	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
9. Frankreich	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
10. Italien	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
11. Rußland (Europäisches)	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
12. Rumänien	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
13. Ungarn	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
14. Schweden	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
15. Serbien	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3
16. Griechenland	95,1	94,7	94,7	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3	94,3

Aus dieser lehrreichen Tabelle sehen wir, daß Oesterreich oben an steht, dann aber kommt gleich Deutschland, insbesondere Bayern und Sachsen. Preußen, der Staat der Gottesfurcht und frommen Sitten, marschirt auch an hervorragender Stelle, was wohl zu beachten ist.

Charlatane und Ignoranten auf sozialpolitischem Gebiete schreiben die Zunahme der unehelichen Geburten nur dem Sinken der Religiosität, Moral und Sittlichkeit im Volke zu. Professor Böhmert in Dresden hält noch außerdem den allzu reichlichen Bier- und Fleischgenuß für einen Faktor, der hier hauptsächlich mitwirkt! Was soll man zu solchem Unsinn, zu solch' kolossaler Unwissenheit sagen? Demnach wären die halbkuftuirteten Serben und Griechen mit ihren noch vorhandenen Räuberbanden die religiösesten, moralischsten und gesittetsten Menschen in Europa! Ersteres Land weist nur 9,5, letzteres 8 uneheliche Geburten unter je 1000 Geburten auf. Sogar das barbarische Rußland überflügelt uns in der „Religion, Tugend und Moral“ mit seinen unehelichen Geburtenhäufigkeiten!!! Was müssen wir uns doch von den vielen Lügenwebern so Jahr aus, Jahr ein gefallen lassen.

Um nicht weitschweifig zu werden, wollen wir nur eine statistische Angabe als Beispiel für die immense Sterblichkeit der unehelichen Kinder anführen. Nach Dr. Engel stellt sich in Preußen die Sterblichkeit der ehelichen zu den unehelichen Kindern schon am ersten Tage wie 100:161. Das heißt, vergleichend die Todesfälle der einen Tag alten Kinder, wenn von ehelichen Kindern 100 gestorben sind, dann findet man zu gleicher Zeit 161 Todesfälle unter den unehelichen Kindern. In den nächsten 14 Tagen treten nur geringe Fluktuationen (Schwankungen) ein, so daß das Verhältniß nach 15 Tagen sich stellt 100:176. Doch die zweite Hälfte des ersten Monats bringt eine weitere Verschlimmerung; am 31. Tage stehen die Ziffern 100:220, wahrscheinlich daher rührend, daß schon nach Verlauf der beiden ersten Wochen viele uneheliche Kinder der mütterlichen Pflege entzogen und sogenannten Haltefrauen überlassen werden. Das Mißverhältniß steigert sich Ende des dritten Monats auf 100:262. Von da an mindert es sich und ist am Schluß des ersten Altersjahres 100:186.“ Also, wie ersichtlich, ist die Sterblichkeit der unehelichen Kinder zwei und ein halb Mal so groß, wie die Mortalität (Sterblichkeit) der ehelichen Kinder.

Zum Schluß zitiren wir die folgende klassische Stelle aus dem „Handbuch der vergleichenden Statistik“, von G. Fr. Kolb, 1879, Seite 477:

„Es ist eine treffende Bemerkung des verdienten Dr. Engel: „Das durch die Individuen (Menschen) repräsentirte Kapital ist bei Weitem das beträchtlichste im Staate, und das in der lebenden Generation ruhende Erziehungskapital übersteigt weit die Summe aller übrigen Kapitalien. Jede Verkümmern der physischen (körperlichen) Beschaffenheit der Bevölkerung, der hätte entgegengewirkt werden können, ist eine Verwässerung des edelsten Kapitals, der Intelligenz und der physischen Kraft der Bevölkerung, und kommt einer absoluten (direkten) Kapitalvergeudung gleich.“

Alle Anträge der ganzen sozialdemokratischen Fraktion tragen den Namen dieses Abgeordneten, weil die Anträge nach dem Alphabet geordnet werden.

Sehr wahr bemerkt auch Wappaus (Allgemeine Bevölkerungs-Statistik): „Wie viele Hoffnungen, wie viel Glück werden begraben mit einem frühzeitigen Tode. Eine allmähliche Annäherung an das Ideal, der größten natürlichen Lebensdauer liegt nicht außerhalb des Bereichs des menschlichen Strebens. Jeder wahre Fortschritt einer Nation in Sittlichkeit, Wissenschaft und Kunst bringt sie ihm näher, denn eine große Zahl der nicht natürlichen Todesursachen sind Wirkungen negativer (verschlechterter) Kulturzustände.“ Und was kann negativer wirken, als die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise, welche die Grundlage unserer Kulturzustände ist?

Wahrhaftig, die besten Satiren auf die bestehenden Einrichtungen liefern noch immer die der besitzenden Klasse selbst angehörenden Gelehrten, Forscher und Bekenner der strengsten Wahrheit!

Die herrschende Klasse erweist sich nahezu als ohnmächtig, diese schrecklichen Zustände radikal (gänzlich) zu heilen, erst die zukünftige, nicht auf Klaffengegenstände aufgebaute Gesellschaft wird diese Uebelstände mit Leichtigkeit auf die Dauer beheben, durch gleichmäßige Besitzverteilung und vernünftige Staatseinrichtungen, welche allen Kindern dieselbe sorgfältige und naturgemäße Pflege garantiert.

Vereine und Versammlungen.

Basel. Der neu gegründete Arbeiterinnen-Verein für Bekleidung und Putz ist Gruppe V des allgemeinen Bundes und zählt 42 Mitglieder. Das Lokal desselben befindet sich im Todtengäßlein Nr. 3, Hinterhaus II. Es ist dies scheinbar eine sehr geringe Errungenschaft und für Basel sehr beachtenswert, denn nirgends in der Schweiz ist die Korruption so groß wie hier; es gilt kräftig zusammen zu halten, um dieser entgegen wirken zu können.

Berlin. Das Berliner Publikum wird in der nächsten Woche Gelegenheit haben, eine sehr interessante Befamtschaft zu machen. Frau Emily Kempin, Dr. jur. und ord. Professor der Universität New-York, wird am 29. d. M. in der Aula des Dorotheenstädtischen Gymnasiums einen Vortrag halten über „Die rechtliche und soziale Stellung der Frau in den Vereinigten Staaten.“ Frau Kempin ist eine Zürcherin, deren Wunsch, zu studieren, erst in Erfüllung ging, als sie längst verheiratet und Mutter von drei Kindern war. Ihr Mann, der sich später ebenfalls der Jurisprudenz widmete und nunmehr dem schweizerisch-amerikanischen Rechtsbureau der Frau Dr. Kempin in New-York (Swiss-American Law-Offices) mit Umficht vorsteht, begleitete damals noch das Amt eines Barrers in Zürich-Engle. Frau Kempin studierte von 1883-87 an der Zürcher Universität Jurisprudenz unter Meili von Drelli, Schneider und anderen. Nach vorzüglich bestandenen Examen beabsichtigte Frau Kempin sich in Zürich als Privatdozentin zu habilitieren, doch wurde ihr Gesuch abgelehnt. In Folge dessen begab sich Frau Dr. Kempin mit ihrer Familie nach Amerika. Die Rechtsschule für Frauen, die sie in New-York gründete und mit bestem Erfolge leitete, ein großer Erbschaftsprozess, den sie für eine Schweizerin gewann, ihr ganzes Auftreten lenkte die Aufmerksamkeit des Verwaltungsrathes der Universität New-York auf sie und so wurde sie im Mai 1889 als erste Frau zum „regular lecturer“ (ord. Professor) an der New-Yorker Universität ernannt, wo sie römisches Recht und die Geschichte des englischen und amerikanischen Rechts vorträgt. Die hiesige juristische Gesellschaft beschloß, die Dame für die Uebernahme des Vortrags in ihrer nächsten, am 9. Mai stattfindenden Sitzung zu gewinnen. — Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die Rednerin noch mehrere Vorträge halten wird, um einem größeren Publikum Gelegenheit zu geben, sie zu hören.

Stuttgart. Der Verein der in Buchbindereien und verw. Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiterinnen geht bis zum 1. Mai d. J. zum Fagverein der Buchbinder über. Schon längst war eine Verschmelzung beider Vereine geplant, nur mußte erst der Beschluß des Verbandstages werden. Derselbe tagte am 28., 29., 30. März cr. in Altenburg. Nachdem daselbst noch von verschiedenen Vereinen der Antrag gestellt wurde, die Arbeiterinnen mit in den Verband aufzunehmen, beschloß der Verbandstag denselben anzunehmen und gestattet den Arbeiterinnen den Eintritt vom 1. Mai ab. Dementsprechend wird der Titel des Verbandes abgeändert und lautet von da ab: Unterstützungsverband der Vereine der in Buchbindereien und verw. Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland. — Dieser erfreuliche Beschluß zeigt wieder deutlich, wie die Arbeiter immer mehr zu der Einsicht kommen, daß die Frauenbewegung durchaus nicht, wie leider so vielfach behauptet wird, „nicht zeitgemäß“ ist, vielmehr sollte es sich jeder zielbewußte Arbeiter zur Pflicht machen, in seinen Mitarbeiterinnen das Bewußtsein ihrer traurigen Lage zu erwecken, sie ihres Wertes und ihres Rechtes als Mensch auf ein menschenwürdiges Dasein bewußt zu machen. Es sollte den Kollegen durchaus nicht gleichgültig sein, ob sie mit Arbeiterinnen konkurrieren oder vereint mit organisierten Genossinnen immer bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen suchen! Weibliche Mitglieder in den Verbandsvorstand zu wählen, wurde vom Verbandstag abgelehnt. In einem aus männlichen und weiblichen Mitgliedern bestehenden Verein sollten aber mindestens 1-2 weibliche Mitglieder in den Vereinsvorstand gewählt werden dürfen. Es ist dieser Beschluß wieder ein Beweis, wie vielfach die Männer doch noch von Vorurtheilen befangen sind und durch ein solches Vorgehen „ihre Würde als Mann“ verletzt fühlen. Dieser Beschluß wird hoffentlich, wenn auch nicht gleich, doch später eine Aenderung erfahren, denn damit wäre ja den Arbeiterinnen die Möglichkeit, eine organisatorische Schule durchzumachen, abgelehnt. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich nun die

Kollegen näher mit der Arbeiterinnenfrage befassen, da dieselbe für die Zukunft keine leere Phrase mehr ist und sich so wenig wie die Arbeiterbewegung unterdrücken läßt. Von den Arbeiterinnen, die für dieses Vorgehen dankbar sein werden, der Sache auch ihr volles Vertrauen entgegenbringen, ist zu erwarten, daß sie die Vereinsversammlungen, die dann gemeinsam abgehalten werden, fleißig besuchen.

Eingefandt.

Kommt dann der Tag der Freiheit und der Rache, Und ruft dein Volk, dann deutsche Frau erwache, Ein guter Engel für die gute Sache!

Diese Worte spricht der lebenswürdige, im Freiheitskriege von 1813 gefallene Dichterjüngling Theodor Körner vor Rauchs Büste der Königin Luise. Diese Worte, freilich etwas anders gefaßt, richte ich an Euch Ihr Frauen der Gegenwart, an Euch, die lebenden oder vielmehr lebend scheinenden; denn ein wirkliches Leben ist es nicht zu nennen, das Dasein das ihr führt, es ist ein Mittel Ding zwischen unbewußtem Pflanzendasein und einem bleiern, schweren, tiefen aber nicht ruhigen und erquickenden Schläfe; drum Frauen all! erwacht! Schüttelt ihn ab, diesen unwürdigen Zustand, werdet was Ihr sein könnt, was Ihr wart, als unsere Vorfahren das morich gewordene Weltreich der Römer stürzten; die würdige, gleichberechtigte Genossin des Mannes!

Nun ist er nah, der Tag der Freiheit, den der Rache ersehnen wir nicht, wir sind ja fast um ein Jahrhundert vorgeschritten, seitdem Körner gesungen, wir verwerfen die Rache; erstens weil solche kleinlich, persönlich ist, und das wollen wir nicht sein, zweitens weil sie in diesem Falle gänzlich sinnlos wäre, da ja keine Person, sondern vielmehr die bisherigen Zustände an unsren Leiden schuld sind.

Daß der Tag der Freiheit nahe ist, darin kommen Alle überein, nur geben sie ihm verschiedene Namen. Die Apokalypse des Heils und ihre Freunde behaupten, daß „die Zeit erfüllet ist, daß nun bald der Heiland herniedersteigt um die Seinen zu holen.“ Auch sie singen in ihren Versammlungen: „Der Bräutigam kommt, darfst nicht schlafen, o Braut, die Lampen laß brennen und sei stets bereit!“

Ihr seid aber nicht bereit, Frauen, den Heiland der Menschheit, die Freiheit zu empfangen, Ihr laßt die Lampe des Geistes nicht brennen, sondern sucht jedes aufzunehmende Fünfling zu ersäufen. — Und darin werden die Frauen bestärkt von denen, welche die Lösung der sozialen Frage verhindern möchten, doch wird es nie gelingen, denn

„Das Licht vom Himmel läßt sich nicht verdrängen, Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen.“

Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten . . . „Aber Ihr hört auch nicht, wenn Euer Volk Euch ruft, Ihr nehmet keinen Antheil an dem, was um Euch vorgeht, was Euch genau so angeht wie den Mann, nein, noch viel mehr, Ihr fühlt es ja selbst; denn giebt es wohl Eine unter Euch, die nicht einmal geseufzt: „Ach, wäre ich ein Mann!“, die, wenn sie einem Mädchen das Leben schenkte, nicht gewünscht hätte: „Wäre es doch ein Junge gewesen!“ Und dabei ist die gegenwärtige Lage der Männer, wie Ihr nur zu wohl wisset, nichts weniger als beneidenswert.“

Sie leiden dreifach unter dem Druck der gegenwärtigen Verhältnisse, einmal, daß sie selbst ringen und entbehren müssen, dann, daß sie Euch, ihr Liebste, entbehren und leiden sehen, und drittens, daß sie an Euch keine lebendig mitführenden Gefährtinnen haben, daß Ihr nicht Hand in Hand mit ihnen geht auf dem steinigen Wege, der aber schließlich nach mühseltiger Wanderung emporführt zu den lustigen Höhen, wo die goldene Sonne der Freiheit strahlt.

Der Stimme meines Volkes folgend, das mich rief, trat ich in den Saal, wo einige Tausend meiner Brüder sich versammelt hatten, weil sie den Luxus, den sie sich sonst gestatten — die Arbeit — entbehren. Meine erste Regung war die des Schreckens, ich glaube mich an einen falschen Ort gerathen, denn unter den Tausenden von Männern schien ich das einzige Weib zu sein. Jagend nahm ich Platz, da hörte ich neben mir eine jugendlich frische Stimme sagen: „Seht Ihr, da kommt eine fünfte, ist das noch nichts?“ — Vier Arbeiterinnen hatte der junge Mann bis zu meinem Eintreten in den Saal gezählt und doch war der Raum dicht gedrängt voll von Arbeitslosen.

Aus den scherzhaft sein sollenden Worten des Jünglings — es war ein intelligenter aussehender Berliner Bauhandwerker — klang eine bittere Enttäuschung heraus, daß die Frauen nicht theilnehmen an Kämpfe.

Wäre Jemand von den „hohen Herren“ dagewesen, vielleicht nur einer aus dem vornehmen Westen, der erklärt, es würde ihm ganz unbeschlaglich zu Ruche, wenn er einmal zufällig vom Centrum nordwärts gerathe, er würde sagen: „Da sieht man's, wer arbeiten will, hat Arbeit. Warum sind keine Frauen da? Weil sie bei ihrem Kochherd stehn und ihrer Kinder Strümpfe stopfen; diese Fauslenger hier möchten aber, statt zu arbeiten, ein Herrenleben führen.“

Wein junger Nachbar wußte aber ganz genau, daß Mutter seit Tagen kein Feuer auf dem Herde gehabt, da sie weder etwas zu kochen noch Feuerung besaß, daß sie des kleinen Bruders Strümpfe nicht stopfte, weil er lange schon keine mehr hatte, hätte er aber gesagt: „Komm mit, Mutter!“ sie würde ihm erwidert haben: „Was nut's?“ — Er kannte vielleicht ein Mädchen, das er gern sein Weib genannt, wenn der Gedanke an das Elend zu zweien und später hinzutretende Noth geliebter Kinder ihn davon nicht zurückschrecken würde.

Jenes Mädchen sitzt vielleicht seit dem fünfzehnten Jahre herabgebeugt über der Maschine und näht Tricot-

tailen oder arbeitet mit der Nadel bei einem großen Dekorateur, der geringe Löhne an die armen Arbeiterinnen zahlt, welche in der Mittagstunde nach der Speiseaufnahme haften und sich eine Portion „Brühkartoffeln ohne“ (ohne Fleisch, ohne Suppe) geben lassen, um dann zurückzuhaften und sich von Neuem über die Arbeit beugen, bis eine von den drei folgenden Möglichkeiten der Abwechslung in ihre Lage bringt:

1. Durch das ewige Sigen, die jämmerliche Koth, schlechte Luft, die sie athmet, wird die Arbeiterin müde, schüchtern, dann schwindsüchtig, schließlich, wenn das Leben stämmchen am Erlöschen ist, wird sie nach der Ehre gebracht oder stirbt durch Selbstmord, um aller Qualen rasches Ende zu bereiten.

2. Trotz der ungünstigen Verhältnisse, in denen sie lebt, hat sie, gleichsam durch ein Wunder, ihre blühende Schönheit, ihre Gesundheit und Frische behalten. Am Tages, da sie vom Mittag noch halb hungrig in's Bett zurückkehrt, folgt ihr Einer, der sie schon lange beobachtet, da er dieselbe Zeit Mittagstunde hat, und paar Wochen später fragen die Tischgenossinnen die so feinen, kleidamen Tracht entzückend aussehende, so hübsche Dame: Wo haben Sie alle die Wochen gesteckt, Fräulein? Wir hatten schon ordentlich Sehnsucht nach Ihnen. Sie erzählt von dem Glück, das ihr die letzten Wochen geselacht; jetzt sei es zwar aus, aber nun wisse sie wie's anzufangen . . .

3. Sie arbeitet und entbehrt und bleibt arbeitlos, obgleich die Rosen ihrer Wangen verblühen und ihre so reizende Figur vom ewigen Krummsitzen dahin abarbeitet, bis — eines Tages der Prinzipal genädigt die Hälfte der Arbeiterinnen zu entlassen; denn die schlechte Zeit und er hat nicht genug zu thun, um sie zu besolden und doch noch die nöthigen Prozente abzurufen zu können. So ist sie eine Arbeitslose, hungrig und friert zu Hause oder wohl gar ohne Dach über dem Kopf.

„Kommen Sie mit zur Versammlung, dort werden vielleicht Beschlüsse gefaßt, wie der Stand der Dinge geändert werden kann.“ sage ich; sie lehnt es ab, sie hat nur so es ist immer so gewesen, und wird immer so bleiben, und es können ja nicht alle gleich und gleich leben, und Herr K hat versprochen, sie zu lassen, wenn das Geschäft wieder besser würde.“

Solche trostlose Reden führen die Mädchen, und Frauen fügen wohl noch hinzu: „Unser Bereich ist kein Haus, wir wollen keine emanzipirten Frauenzimmer sein, ja, das Haus soll Euer Bereich sein, Niemand soll Euch nehmen, vielmehr will man es Euch sichern und Euch genehm gestalten, wenn Ihr eines habt und Euch die Möglichkeit geben, eines zu gründen im innigen Einvernehmen mit dem, den Euer Herz erwählt; dazu soll aber so gestellt sein, daß er nicht zu befürchten braucht, Euch dann hungern zu lassen; dazu müßt Ihr aber helfen, müßt Schulter an Schulter mit ihm stehen im Kampfe, dessen Entscheidung vielleicht näher ist, als irgend jemand ahnt.“

Und wollt Ihr thätlos weiterdämmern und mühen bis Euch einmal hier und da ein Brocken zugenossen? Wollt Ihr nicht lieber Hand anlegen zur Vollenbung des schönen, stolzen Baues, an dem das arbeitende Volk die Mühe es Euch nicht tief beschämen, wenn er fertig ganz ohne Eure Mitwirkung?

Auf, denkende Frauen, erwacht!

Verchiedenes.

In dem rheinisch-westfälischen Revier ist es nun doch zum Streit gekommen; auf beiden Seiten, wo gestreift wird, sind nur ein Zwanzigstel Belegschaften angefahren. Die Gesamtzahl der Streifen beträgt 12,000 bis 15,000. Lohnreduzierung, die nicht bewilligte Forderung verkürzter Arbeitszeit die Ursache.

An die Parteigenossen der Provinz Sachsen und Herzogthums Anhalt ergeht von Magdeburg ein Ruf, unverzüglich in die Lohnagitation für die Arbeiterinnen einzutreten. Es sind allerorts im Lande der nächsten vier Wochen Versammlungen einzuberufen und auch die Presse soll allerwärts eintreten für die Interessen der Landarbeiterinnen, damit der Geist der Zusammengehörigkeit auch bei diesen Arbeiterinnen geweckt wird. An allen Orten sollen Kommissionen aus je 3 Personen gewählt werden, welche die Hauptkommission in Verbindung zu treten für die genaue und gleichen Formulierung der Forderungen in Magdeburg und Umgegend fanden bereits Versammlungen zu diesem Zweck statt, in denen Genosse referirte. Gewählt wurden für Sudenburg: Beckmann, Herzog, Kaiser; für Stadfeld: die Frauen Wade, Pfehl und Böbde. Alle Mittheilungen werden in der Redaktion der „Volksstimme“ entgegen genommen.

Aus aller Welt.

Aus dem Norden kommt uns jetzt das Licht. Deputirter des Storting hat in der gesetzgebenden Versammlung Norwegens verlangt, sie solle den Frauen das Recht zusprechen, alle öffentlichen Aemter zu übernehmen, vorausgesetzt, daß sie sich denselben Prüfungen unterziehen, wie sie in gleichem Fall für die Männer vorgeschrieben sind. —

Das erste Syndikat (Arbeiterverband) von Belgien ist in Antwerpen von Tabakarbeiterinnen gegründet. Neunzig Frauen haben ihren Beitritt zum Syndikat erklärt, welches sich gleich der Arbeiterbewegung anschloß. —

Frau C. Coignet ist von dem Unterrichtsministerium nach Konstantinopel und Griechenland geschickt, um die Unterrichtsanstalten zu studieren. Fräulein Prof. an der Normalhule in Milanah hat den Auftrag, sie zu begleiten. —

Akte
Duro
wie aus
Eindama
lichkeit g
unterrie
troß ein
Vorbidu
bruar zu
berium e
daß dem
haben ri
Schulfol
Brief sch
Zus
10. Sep
wiederho
aber von
mangeln
Auspizier
gehalten
Schulbir
wiederun
gung d
Gegenstä
Da
Ihren L
nur mit
Herrn
meine w
ul Nr.
des Herr
ist, sowi
moralisch
ich mir
nich get
mäßig
schäftlich
selbstän
Willigkei
darfen
Instrukti
Mit
fcheidung
gekomm
liche Re
selber de
Sild
„We
sion et
auseinar
haufe.
Sie sch
und her
ich eine
lich nicht
Sie
kines
waren.
„Da
tragte
einen n
„Ja
„Ich
legen“,
„Abri
In
fanite e
ein Fall
Der
schleuder
gefallen.
Dth
Silba si
vielleicht
Und
trin und

Aktenstücke zur Gewissensfreiheit in Preußen.

(Schluß.)

Durch die Vorenthaltung des Zeugnisses war, wie aus dem Schreiben des Oberbürgermeisters Lindemann hervorgeht, Fräulein Braun die Möglichkeit genommen, sich auch nur durch Privatunterricht eine eigene Existenz zu begründen — trotz einer zwölfjährigen und als „gut“ anerkannten Vorbildung. Da inzwischen auch der Monat Februar zu Ende ging, ohne daß das Kultusministerium einen Bescheid erteilte, so ist es begreiflich, daß dem Vater der jungen Dame der Geduldsfaden riß und er seinerseits an das Provinzial-Schulkollegium zu Koblenz folgenden deutschen Brief schrieb:

Düsseldorf, 8. März 1891.

Zufolge Ihres geehrten Schreibens vom 10. September v. J., Nr. 10 852, habe ich mich wiederholt an die Ortsschulbehörde gewandt, werde aber von dieser Stelle — laut Anlage — wegen mangelnden Zeugnisses über das unter Ihren Auspizien mit meiner Tochter Lotte faktisch abgehaltene und von dieser gemäß Brief des Herrn Schuldirektors Dr. Wellner gut bestandene Examen wiederum darauf hingewiesen, mich um Aushändigung dieses Zeugnisses — die Profanunterrichts-Gegenstände betreffend — zu bemühen.

Da Sie am 28. Okt. v. J. sub Nr. 12 952, Ihren bloß ablehnenden Standpunkt verlassend, mir mittheilten, daß Sie diese Angelegenheit dem Herrn Minister vorgetragen hätten, dann auf meine wiederholten Anfragen am 1. Febr. v. J. sub Nr. 13 977 antworteten, daß die Entscheidung des Herrn Ministers Ihnen noch nicht zugegangen sei, sowie mir am 16. Januar d. J. sub Nr. 461 mündlich denselben Bescheid erteilten, so gestatte ich mir hierdurch nochmals, Sie ergebenst zu bitten, mich gefälligst wissen lassen zu wollen, ob Ihnen mündlich in einer Sache, welche Sie keineswegs selbstständig nach den evidenten Grundsätzen der Billigkeit, sage des Rechtsgefühls, erlebigen zu dürfen glaubten, die höheren Orts nachgesuchte Instruktion geworden ist.

Mit allen bisher erhaltenen behördlichen Bescheidungen bin ich noch keinen Schritt vorwärts gekommen. Man beruft sich stets auf vormärzliche Reskripte und ignorirt, daß die Behörde selber den Fehler beging, das meiner Tochter ab-

verlangte curriculum vitae (Lebenslauf) ungelesen zu lassen, wodurch doch die ganze Verwickelung entstanden ist. Wollte meine Tochter jetzt, wie Tausende es thaten und thun, gegen ihre Ueberzeugung veraltete Formeln von Hölle und Teufel, welche Dinge im Bewußtsein der gebildeten Zeitgenossen längst keinen Boden mehr haben, beschwören, so würden alle Schwierigkeiten behoben sein. Es freut sich die abwesende Gesellschaft Jesu, daß durch solche Praxis die Geschäfte des Ordens noch wohl besorgt werden.

Und während man einem wohlherzogenen, wissenschaftlich geprägten, unbescholtenen Mädchen um seines Glaubens willen die Erlaubniß zum Ertheilen von Privat-Unterricht in Profan-Fächern andauernd vorenthält, ward doch ein von deutschen Gerichten rechtskräftig verurtheilter Günstling auf sein einfaches Fördern hin unter dem Widerspruche der angesehensten Hochschule mit der Professur der Dermatologie bekleidet. Das muß alle Begriffe verwirren; aber solche Zustände können nicht von Dauer sein. Darum werde ich in der Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht aufhören, Alles zu versuchen, um meinen wohlbegründeten Ansprüchen Erhörnung zu verschaffen.

Phil. Braun.

Das Schreiben war kaum in den Händen des Provinzial-Schulkollegiums, als über Koblenz der Bescheid des Ministers an Fräulein Braun anlangte.

Koblenz, 9. März 1891.

Euer Wohlgeboren ertheilen wir im Namen des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten auf Ihr an denselben gerichtetes Gesuch vom 28. September v. J. unter Rücksendung der beiden Anlagen den Bescheid, daß, da Sie bis jetzt einer Religionsgesellschaft nicht beigetreten sind, und nach Ihren eigenen Ausführungen auch noch nicht einmal irgend eine religiöse Ueberzeugung gewonnen haben, Ihnen das Zeugniß über bestandene Prüfung als Lehrerin nicht ertheilt werden kann.

Die eingezahlten Prüfungsgebühren im Betrage von zwölf Mark erfolgen mit Rücksicht darauf, daß Sie nach der Entscheidung des Herrn Ministers zur Lehrerinnenprüfung überhaupt nicht hätten zugelassen werden dürfen, durch Postanweisung zurück. gez. v. Ikenplitz.

Also die Regierung verweigert das Zeugniß, will sich aber auch an dem Gelde der jungen Heidin

nicht bereichern und schiebt die Prüfungsgebühren zurück. Doch Herr Braun nimmt das Geld nicht an, und nach zwei neuen Eingaben, die eine an das Kultusministerium, in das inzwischen Graf Zedlitz eingezogen ist, die andere an das Provinzial-Schulkollegium. In der Eingabe an den Kultusminister macht Herr Braun geltend, daß die ihm durch das Provinzial-Schulkollegium übermittelte Entscheidung seine eigentliche Forderung, seiner Tochter ein Zeugniß über die Prüfung in den weltlichen Fächern auszustellen, nicht erlebige. Zugleich bemerkt er, daß er sich durch das bisherige Verhalten der Behörden gezwungen sehe, an die öffentliche Meinung zu appelliren. In dem Schreiben an das Provinzial-Schulkollegium führte er Folgendes aus:

Düsseldorf, 22. März 1891.

Der meiner Tochter durch Geehrtes vom 9. c. gewordene Bescheid des Herrn Ministers überrascht mich umso mehr, als es zu solcher Entscheidung wahrlich der inzwischen eingeforderten Laurent-Zeugnisse nicht bedurfte. Dazu kommt dann wieder die leidige Verwechslung von Religion und Konfession. Jene Entscheidung deklarirt meine Tochter als Mitglied der unsichtbaren Gemeinschaft aller derer, die von jeher und überall, um des freien Gedankens und der Liebe zur Wahrheit willen Zurücksetzung und mehr noch erduldet haben.

Wir protestiren gegen den falschen und ungeredeten Vorwurf: keine Ueberzeugung zu haben. Unsere religiösen Ueberzeugungen sind ungefähr diejenigen, welche ein europäischer Unterrichtsminister im nächsten Jahrhundert nicht nur hegen wird, sondern hoffentlich auch amtlich vertreten darf. Denn seit Paul von Tarsus bis auf Ernst Moritz Arndt, Friedrich List u. A. sind die Behörden stets feindlich hinter denjenigen her, deren Ideen von den nachfolgenden Regierungen adoptirt und ausgeführt wurden.

Ich mißverstehe den Herrn Minister nicht. Er will, daß man sich erst in Berlin erkundige, was geglaubt werden dürfe, bevor man das Studium von Sprache, Geographie, Geschichte usw. des Lehrens halber beginne. Aber, was ist das für eine Gewissensfreiheit, welche sich nach dem preußischen Altkoran und den von ihm zugelassenen Glaubensschattirungen zu richten hat!

Das „noch nicht einmal“ im Sinne des Herrn Ministers paßt vorzüglich auf den großen König, der so brillant zu siegen und so unbequem

Die kleine Friedl.

Erzählung von M. Kautsky.

(4. Fortsetzung.)

Hilda sprang herab.

„Meinetwegen, so schaukelt ihr, ich werde mir schon etwas anderes suchen“. Sie bog die Zweige auseinander und guckte in der Richtung nach dem Hause. „Die Hauptsache ist, daß sie nicht kommt“. Sie schlenkerte nonchalant mit den Armen hin und her. „Ach, wenn ich nur wüßte, zu was ich eine Gouvernante habe, ich brauche sie wirklich nicht, höchstens zum Zahnreißen“.

Sie öffnete lachend den Mund und zeigte ein kleines Gebiß, in dem mehrere Lücken ersichtlich waren.

„Hat dir dein Fräulein die Zähne gerissen?“ fragte Bertha neugierig, indem sie ihrerseits an einem wackeligen Zahne drückte.

„Ja, mit Zwirn“.

„Ich lasse sie mir nur von meinem Zahnarzt ziehen“, verlegte Melanie mit aller Grandezza, „übrigens habe ich keine Milchzähne mehr“.

In diesem Moment gab es ein Knutschen, es klang etwas schräg hernieder, darauf ein Schrei, ein Fall.

Der Strich war gerissen, Paul zu Boden geschleudert und heftig gegen den Baumstamm aufgeschlagen.

Othonio und die Mädchen begannen zu schreien. Hilda stand stumm, blässer als die übrigen und vielleicht am tiefsten erschreckt.

Und jetzt kam, was sie gefürchtet, ihr Fräulein und auch die beiden Französinen herbeigestürzt.

Mit einem Blick hatten sie die Situation erfasst; sie hoben den Knaben auf, der aus einer Stirnwunde blutete.

Eine heillose Verwirrung folgte, Anschuldigungen, zornige Verweise, Klagen und Rufe nach Wasser wirbelten durcheinander.

Die Verletzung war nur eine leichte, aber das fließende Blut hatte alle außer sich gebracht. Endlich war Paul verbunden, und nun wendete sich der allgemeine Groll gegen Hilda, als der einzig Schuldigen.

Melanie hatte bereits über alle Vorgänge Bericht erstattet und nun traf der härteste Tadel das wilde unbändige Kind, wie man es nannte, das man nicht aus den Augen lassen dürfe, weil sonst das Anheil bereits vollzogen sei.

Zugleich wurde der zerknirschten Hilda Melanie als das Ideal eines wohlherzogenen Mädchens vor Augen gestellt. Diese hatte weder ein zerknittertes Kleid noch zerrauftes Haar, noch ein Loch im Strumpfe, gerade am Knie, wie dieser entsetzliche bössartige Robold. Melanie betrug sich als ein Fräulein und man konnte sie darnach auch behandeln.

Daß Hilda den barfüßigen Jungen in den Garten gelockt, ein Fall der leider schon oft vorgekommen, obwohl ihr jede Gemeinschaft mit den Arbeiterkindern untersagt war, wurde als ein weiteres Vergehen angesehen.

Fräulein Brandes versicherte, sie vergehe vor Scham, daß gerade bei ihrer Clewin eine solche Verwilderung zu Tage trete und so wendete ihr Zorn, nachdem die geladenen Kinder sich mit ihren Erzieherinnen entfernt hatten, sich noch einmal

und in noch heftigerem Maße gegen das unglückliche Kind, das sie ihrer ganzen Mißachtung verwickelte.

Aber dieses, im Gefühl seiner Unschuld, empfand nur das ihm widersahrene Unrecht und zeigte Trotz statt der verlangten Reue.

Wenn das Fräulein so garstig sei und sie nicht leiden könne, so wolle sie gar nichts mehr mit ihm zu thun haben, sagte sie, und wenn diese Kinder nicht wiederkämen, so liege ihr auch nichts daran. Sie könne nichts dafür, wenn dieser dumme Junge, anstatt rasch herunter zu springen, sich hinplumpfen lasse, wie ein Mehl sack. Ihr wäre das nicht geschehen und dem Toni auch nicht.

Aber diese kühne Selbstvertheidigung übte auf Fräulein Brandes durchaus keine besänftigende Wirkung, und so entschied sie, daß Hilda, ihrer Störrigkeit wegen, exemplarisch bestraft werden, und den ganzen morgigen Tag Hausarrest haben solle.

Hilda erblaßte. Es war die härteste Strafe, die ihr diktiert werden konnte, das Fräulein wußte es wohl; sie wendete ihm auch jetzt die großen Augen zu, mit einem Ausdruck des Wehes. Diese Augen steheten um Gnade.

Aber Fräulein Brandes nahm eine nur um so strengere Miene an: „Rechne nicht auf meine Nachsicht, es muß dir einmal Ernst gezeigt werden“.

„Ich werde den Papa bitten, mir zu verzeihen“.

Das Fräulein hatte ein böses Lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

zu philosophieren verstand. Glaubt denn der Herr Minister wirklich, indem er dem Lehrer der weltlichen Wissenschaften eine Glaubensbeichte vorschreibt, man würde ihm naiv die inneren Zweifel verrathen, so lange Zeugniß und Bestätigung von Orthodorie und Kirchengugehörigkeit abhängt? Täuscht sich der Herr Minister darüber hinweg, daß er durch die gestellte Bedingung eine Prämie auf Unwahrhaftigkeit setzt, also — gewiß, ohne es zu wollen — die Heuchelei begünstigt, sowie Tausende in ihrer Selbstachtung stört? Und wähnt der Herr Minister, daß der mit dem Brotkorbe ausgeübte — „moralische“ Druck an der geheimen Gesinnung seiner Beamten überhaupt etwas ändern würde?

Die 12 Mark „Prüfungskosten“ sind unangenehm zurückgegangen und dürften wohl nicht zum zweiten Male präsentiert werden. — Wegen Ignoranz meiner Ansprüche an ein Prüfungsattest betreffs der Profanfächer habe ich mich aber beschwerend an den Herrn Kultusminister gewandt — und gebe meine Hoffnungen keineswegs auf.

Es ist ein Attest über die mit meiner Tochter vorgenommene und von dieser gut bestandene fünfstägige Prüfung — (nicht Erlaß eines Fideikommisspapiers) — was ich verlange! Indem ich mein Gesuch um dieses Attest wiederhole, zeichne
Phil. Braun.

Soweit die Aktenstücke. Die geharnischten und treffenden Ausführungen des Herrn Braum nehmen uns den besten Theil der Kritik vorweg. Wir brauchen nicht erst zu sagen, daß wir sowohl nach der rechtlichen wie nach der sittlichen Seite in vollem Umfange den Standpunkt des Herrn Braum theilen. Nur im Anfange haben Herr und Fräulein Braun nicht ganz ihren Standpunkt gewahrt, als sie eine Prüfung in der evangelischen Kirche verlangten. Das mußte in dem vorliegenden Falle eine leere Komödie sein, wie sie freilich in unserem Staatsleben oft genug vorkommt, die aber Herr und Fräulein Braun gemäß ihren eigenen Ueberzeugungen vom Staate nicht fordern durften. Doch ging diese Forderung nur nebenher und wurde späterhin von ihnen ganz aufgegeben. Der Kernpunkt blieb die Ausstellung eines Zeugnisses über das thatsächlich abgelegte Examen. Daß in einem Staate, wie Preußen, der doch kein asiatischer Willkürstaat, sondern ein Rechtsstaat sein will, ein solches Verlangen, eine Beurkundung eines unter der Aufsicht und Leitung des Staates vollzogenen Aktes, abgelehnt werden kann, ist eine haarsträubende Erscheinung; daß aber der Staat sich dieser Verpflichtung durch Zurückzahlung der Gebühren glaubt entziehen zu können, gehört in das Reich des Komischen.

Zugleich verknüpft sich mit dieser Verweigerung der Ausfertigung einer Urkunde die ernste Frage der Existenz. In seinem Bevormundungstrieb läßt der gute Staat Niemanden Privatunterricht erteilen, der nicht durch entsprechende Zeugnisse seine Befähigung dazu aufweist. Er muß ja das unmündige Publikum vor Schaden bewahren. Dem Fräulein Braun verweigert nun aber der Staat dieses Zeugniß, in Folge dessen kann sie ihre Existenz nicht auf die Ertheilung von Privatunterricht begründen. Wir wollen hoffen und wünschen, daß Fräulein Braun durch diese Verweigerung nicht materieller Noth weder jetzt noch in Zukunft anheimfällt. Wie ist es aber, wenn eine Nothlage dadurch bedingt wird? Ein Mädchen setzt die ganze Jugendkraft, Jahre voller treuer Arbeit daran, um sein Brod einmal als Lehrerin zu verdienen. Sie erfüllt redlich alle Vorbedingungen, aber — sie gehört keiner anerkannten Konfession an, und so wird sie der Noth und dem Elend preisgegeben, auch wenn sie die kenntnißreichste, sittlich strengste, idealgesinnteste Persönlichkeit ist. Hier hat der Staat kein Mitleid, (? Gerechtigkeit! Ann. d. Red.) hier handelt es sich ja nicht um den Schwiegervater eines Ministers, sondern nur um ein Mädchen aus dem Volke, das nicht dasjenige glaubt, was Andere glauben. Vielleicht mag es Manchem noch milde vorkommen, daß man ein solches Mädchen nicht zum Scheiterhaufen schleppt, wie vor 300 Jahren in Spanien.

Wir sind nun begierig, welchen weiteren Verlauf die Angelegenheit nehmen wird. Der neue Kultusminister hat dabei Gelegenheit, zu zeigen, weß Geistes Kind er ist. Der Rechtsstandpunkt der Regierung ist unhaltbar. Sie muß unbedingt das Zeugniß über die Prüfung in den weltlichen Fächern ausfertigen. Die dauernde Verweigerung wäre eine Vergewaltigung im schlimmsten Sinne des Wortes.

Wir fügen nur noch hinzu: Würde man einem Manne gegenüber dasselbe gewagt haben, wie man hier einer Staatsbürgerin gegenüber handelt? Hätte sich die Betreffende zu Lüge und Heuchelei erniedrigt, so stände ihrem Fortkommen nichts im Wege, so steht es mit der Freiheit am Ende des 19. Jahrhunderts! Wir sind auch der Ansicht, würde wenigstens die Hälfte der Menschheit den Muth haben, zu jeder Zeit ihrer Ueberzeugung treu zu bleiben, so wären solche Vorfälle unmöglich. Möge Fräulein Braun allen Frauen und Mädchen ein Beispiel sein, denn nur wenn alle gemeinsam nach Wahrheit und Recht streben werden, können wir auf eine Aenderung dieser mittelalterlichen Zustände rechnen. Staat wie Privat-Arbeitgeber werden so lange die freie Meinung zu unterdrücken vermögen, als ein willenloses feiges Volk die Hand dazu bietet.

Die Frau und der Sozialismus von Bebel.

Von
Clara Zetkin.
(Schluß.)

Die nämlichen Gründe, von der Stumpfheit, dem Unverständnis, der politischen Unreife, welche man gegen die Verleihung der politischen Rechte an die Frauen geltend macht, und seinerzeit bis zum Ueberdruß abgedroschen worden, als es sich darum handelte, das allgemeine Stimmrecht für Männer einzuführen. Sie sind in dem einen Falle nicht stichhaltiger, als sie in dem anderen gewesen. Die politische Bildung und Schulung kann nicht durch Fernhalten vom öffentlichen Leben erlangt werden, sie ist vielmehr eine Frucht der regen Theilnahme an derselben. Die Verleihung politischer Rechte wird in der Frauenwelt das Bewußtsein politischer Pflichten erwecken, und als erste derselben wird sich das Streben nach Aufklärung betätigen. Uebrigens wird die Macht der That-sachen auch bei den durch ihren Erwerb mitten in den Klassenkampf geschleuderten Frauen ihr erzieherisches Werk thun. Die politisch aufgeklärte, zum Klassenbewußtsein erwachte Frau begreift die Wechselbeziehungen zwischen dem Leben des Einzelnen und der Allgemeinheit, sie begreift die Nothwendigkeit, im Interesse ihrer Klasse und der Menschheit augenblickliche Opfer zu bringen. Von einem Hinderniß im politischen Leben, im Klassenkampf wird sie zu einem seines bewegenden Kräfte.

Die Frau ist im Kampfe für ihre Gleichberechtigung auf Bundesgenossen angewiesen, und diese findet sie in den Arbeitern, als einer gleichfalls sozial vernehteten Menschenklasse, die wie sie selbst nur in einer neuen Sozialordnung emanzipiert werden kann. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann sich nicht vollziehen, ohne die Emanzipation der Frau zur Folge zu haben, und die volle soziale Emanzipation der Frau kann nicht stattfinden, ohne daß sich nicht die Befreiung des Proletariats vollzieht. Arbeiterfrage und Frauenfrage können nur ihre Lösung finden in einer sozialistischen Gesellschaft, in welcher der Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln alle sozialen Unterschiede zwischen den Klassen und Geschlechtern verwischt.

Bebel schildert in der Folge mit martigen Strichen und größter Objektivität, wie der geschichtliche Entwicklungsprozeß den heutigen Klassenstaat zerlegt, umgestaltet und aus den Elementen der Zerlegung heraus die künftige Gesellschaft in organischem Wachstum aufbaut. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse schlägt Stöße für Stöße die alten sozialen Formen in Trümmer, treibt die mit ihrer Zerföderung verbundenen Uebel auf die Spitze, zeitigt aber auch andererseits die Grundlagen und Ansätze neuer sozialer Gebilde. Das Vergehen ist zugleich ein Werden.

Alle Versuche, den herrschenden Uebelständen mit Palliativen zu Leibe zu gehen, am kranken sozialen Organismus zu kurpfuschen, erweisen sich ohnmächtig, eine Besserung zu schaffen. Die Gewalt der Umstände muß schließlich auch die Kreise zur Einsicht und zur Nachgiebigkeit zwingen, die sich bisher in engem, blindem Sonderinteresse einer Umgestaltung der Gesellschaft widersetzten. Die zwingende Gewalt der Umstände beruht aber, wie Bebel trefflich ausführt, „in der Entwicklung der Gesellschaft selbst und in dem steigenden Maß der Einsicht, das aus ihr resultirt; in dem Maße, als die Einsicht und Erkenntniß der Masse steigt, sinkt die Widerstandsfähigkeit der herrschenden Klasse, deren Macht ganz wesentlich auf der Unwissenheit und Einsichtslosigkeit der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen beruht.“ In einem gegebenen Moment werden die herrschenden sozialen Verhältnisse so drückend fühlbar werden, daß fast die ganze Gesellschaft die Nothwendigkeit einer totalen Umwandlung der Sozialordnung erkennt. Da aber klar zu Tage getreten, daß alle diese Mißstände in der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise, im Privatbesitz der Produktionsmittel wurzeln, so ergibt sich von selbst, daß die Grund-

lage der sozialen Neuordnung die Expropriation des Privatbesitzes und seine Umwandlung in Gemeineigentum sein muß.

Indem der Staat kraft des Rechtsgrundes des Allgemeinwohls mit dem Privateigentum alle Klassenengelage aufhebt, schafft er sich selbst aus der Welt, denn der Staat ist nichts anderes als eine das Eigentum beherrschende Organisation in einer auf Klassenherrschaft beruhenden Gesellschaft.

Fesselnd und hinreißend skizzirt in großen Zügen Bebel die Gesellschaft der Zukunft, die Allen Gleichheit der Existenzbedingungen gewährt, Allen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Bei Einführung gleicher Arbeitspflicht für Alle, ohne Unterschied des Geschlechtes, bei Anwendung aller menschlichen Arbeitsmittel auf die vollkommensten Produktionsmittel und Produktionsmethoden, bei einem Dank der zentralen Organisationsungemein vereinfachten wirtschaftlichen Mechanismus, bei ohne Vergeudung von Zeit, Material und Kräften funktionirt, wird es möglich sein, die Arbeit auf ein bestmögliches ungläublich scheinendes Minimum zu beschränken, wenig anstrengend, angenehm, abwechslungsreich und ergiebig zu machen, wird so möglich sein, das Maß der Freiheit und des Lebensgenusses für jeden Einzelnen zu steigern. „Ohne Arbeit kein Essen, keine Arbeit kein Essen“ wird eines der leitenden Grundsätze der neuen Gesellschaft sein.

Die Frau wird in der neuen Gesellschaft dem Manne absolut gleich an Erziehung und Rechten, frei in der Betätigung ihrer Fähigkeiten, frei in der Liebeswahl sein. Die Ehe zieht keinerlei Abhängigkeitsverhältnis, keinen Verzicht der Bewegungsfreiheit der Frau nach sich. Es ist ein bloßer Privatvertrag, der ohne Dazwischenkunft eines Funktionärs von Mann oder Frau in freier Selbstbestimmung geschlossen und gelöst wird. Mit dem kommunistischen Eigentum kehrt die Gesellschaft auf eine höhere Kulturstufe zur alten vollen Gleichheit und Brüderlichkeit zurück. Die Frau erhält ihre frühere alte Rolle wieder, „sie wird nicht Herrin, aber Gleichberechtigte.“

Bebels Buch bietet für Alle, welche die soziale Befreiung der Frau, für Alle, welche die Befreiung der Menschheit überhaupt aus Noth, Jammer und Unwissenheit wollen, eine so reiche Fülle von Material, eine so reiche Fülle von Anregung, daß die Agitation immer und immer wieder mit Nutzen aus ihm schöpfen kann. Es wächst über den Rahmen eines Kritikers bedeutend hinaus, alle die auf die soziale Lage der Frau bezüglichen Fragen und Nebenfragen zu berühren, welche der Verfasser in ihrem Zusammenhang untereinander und mit der sozialen Frage erörtert und streift. Man muß das Buch unbedingt selbst lesen, um einen Begriff von seinem Werth zu erhalten. In seiner strengen Sachlichkeit ist es ein so nachhaltiger und eindringlicher wirkendes hohes Werk der Gerechtigkeit für Alle, eine Verbilligung des Bildungsdranges, des Ringens nach Lust und Licht, welches die Schichten der Gesellschaft durchzittert, die durch die Sozialordnung vom vollen Genuß aller Kulturverrichtungen ausgeschlossen gemessen. Wer das Buch ohne Voreingenommenheit liest, den wird sicherlich die Ueberzeugung durchdringen, daß wir den Zeiten entgegengehen, von denen der Dichter singt:

„Ja, es werden Zeiten kommen,
Wo der Wohlstand Jedem lacht,
Und aus Geist und Leibestrüppeln
Lebensfrohe Menschen macht.“

Gingefandt.

Frankfurt a. M. Wenn man die „Arbeiterin“ in Hand nimmt und liest die Berichte über die Frauenbewegung wird man finden, daß dieselbe von Tag zu Tag Fortschritte macht. Man wird aber auch die Wahrnehmung machen, daß die Frauenbewegung in Süddeutschland so gut wie gar nicht vorhanden ist. Hier in Frankfurt sind es nur wenige Arbeiterinnen, die sich dem Schneiderverband angeschlossen haben. Der Verein der Arbeiterinnen der Schuhbranche ist bereits wieder eingeschlafen. Sonst merkt man hier sehr wenig von einer Frauenbewegung. Es sind wohl auch kaum Frauen hier, die die Leitung eines Vereins in die Hand nehmen können. theils hält die große Familie sie ab, oder aber es fehlt das nöthige Zeug, um einen Verein leiten zu können. Obwohl die Lage der Arbeiterinnen hier eine sehr traurige ist, so muß doch das Bedürfnis nach einer Organisation erst wachgerufen werden.

Hierzu sind meiner Ansicht Alle, auch die Männer verpflichtet, dies zu thun. Wenn die Sache ernstlich getrieben wird, so haben wir auch Erfolge zu erwarten. Bis jetzt ist der Versuch ernstlich noch nicht gemacht worden.

Auch der nichtgewerblichen Arbeiterinnen will ich gedenken, ich meine die Dienstmädchen, die jeden Schanden entbehren. Dieselben in Verbände zu bringen, wird schwer halten, aber jeder Arbeiter kann dazu beitragen. Aufklärung unter dieselben zu bringen durch Abonnement auf die „Arbeiterin“; ich habe dadurch, daß ich gelegentlich Blätter weiter gebe, schon ganz schöne Erfolge erzielt. Die Reichstagsabgeordneten müssen ganz besonders darauf hinwirken, daß die veraltete Gesindeordnung abgeschafft wird, wir auch wir uns vereinen können. Arbeiterinnen, sorgt für Verbreitung der „Arbeiterin“ und schafft überall Organisationen.

Die Kerzinnen-Petition, für welche wir um zahlreiche Unterchriften schon mehrmals baten, ist durch die Verhandlungen im Reichstag nicht hinfällig geworden, sondern möge die Sammlung nur recht rege fortgesetzt werden, um recht viel Unterchriften der Arbeiterinnen zuweisen zu können. Alle gefüllten Bogen bitten wir zu schicken. Fr. Wabnitz, Berlin, Landwehrstr. 26/27, 2. Et. abzugeben.